

Die Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 in Münster 1997 - 1999

Nach Kapitel 28 der Agenda 21 sollten die Kommunen bis 1996 eine Lokale Agenda aufstellen. In Münster wurde der Prozess Ende 1995 durch den Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (BKEZ) angestoßen, in dessen Auftrag von Aktiven aus Eine-Welt- und Umweltgruppen 15 „Thesen ‚Zukunftsfähiges Münster‘“ erarbeitet wurden.

Der BKEZ war nach den Kommunalwahlen 1994 eingesetzt worden und sollte „Rat und Verwaltung in allen Fragen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit beraten“. Die 15 Thesen behandelten Themen, die Rat und Stadtverwaltung bis dahin allein in ihrer Zuständigkeit gesehen hatten. Um den Prozess wieder in die Zuständigkeit von Rat und Stadtverwaltung zurück zu führen, wurde im März 1997 bei der Stadtverwaltung ein Agendabüro mit 4 MitarbeiterInnen eingerichtet, das bis zum 31.05.1999 einen Agendaprozess durchführen sollte. (Ratsvorlage VIII 256/97)

Der Agenda- Prozess sollte von VertreterInnen

- nichtstaatlicher Gruppen,
- der Träger öffentlicher Belange,
- des Beirats für KEZ,
- aus Rat und Verwaltung

getragen werden.

Vier Facharbeitskreise wurden gebildet, deren Arbeit vom Agendabüro koordiniert und von einem Lenkungskreis kontrolliert wurde und deren Aufgabe es war, möglichst umsetzbare Projektvorschläge zu erarbeiten.

Facharbeitskreis 1: Region, Siedlungsflächen, Stadtstrukturen, Verkehr

Facharbeitskreis 2: Schutz der Umwelt und Gesundheit

Facharbeitskreis 3: Wirtschaft, Arbeit, Soziales und Finanzen

Facharbeitskreis 4: Zukunftsfähige Bildung und Kultur

(Im weiteren Verlauf des Prozesses wurden parallel dazu noch vier „BürgerInnenzirkel“ an der VHS gebildet, die sich mit den gleichen Themen beschäftigten)

Aufgrund der guten personellen Ausstattung des Agenda- Büros und dessen sehr engagierter und qualifizierter Arbeit galt Münster unter den Agenda21- Kommunen als beispielhaft.

Nach der Auftaktveranstaltung am 20. August 1997 mit einem Festvortrag von Ernst- Ulrich von Weizsäcker im Festsaal des Rathauses tagten die (extern moderierten)

Facharbeitskreise, ein neu gebildetes FrauenAktionsBündnis und die BürgerInnenzirkel bis zum Frühjahr 1999 dutzende Male und entwickelten rund 70 Projektvorschläge. In einer Frauenagenda wurde weitere Vorschlägen gemacht. Die Prozessergebnisse wurden in der Ratsvorlage 393/99 zusammengefasst. Der Rat bekannte sich mit Beschluss vom 09.06.1999 einstimmig zum Ziel einer nachhaltigen/ zukunftsfähigen Stadtentwicklung.

Um den Prozess überhaupt zu einem Ergebnis führen zu können, wurden im Agenda- Prozess strittige Themen ausgeklammert wie z.B. die Planung eines großen Einkaufszentrums (Preußenpark) am Rande der Innenstadt und der geplante Ausbau des Flughafens Münster-Osnabrück für Interkontinentalflüge. Diese „Konsensorientierung“ stieß bei vielen TeilnehmerInnen auf deutliche Kritik. Die große Zahl an (Projekt-)Vorschlägen ließ außerdem keine einheitliche Zielaussage im Sinne der Agenda 21 erkennen. Gegen Ende des Agenda- Prozesses tauchte daher unter den TeilnehmerInnen der Facharbeitskreise die Frage auf, welche

generellen programmatischen Schlüsse für die zukunftsfähige Entwicklung Münsters aus dem Prozess zu ziehen seien. Die Frage blieb zunächst unbeantwortet, bis mit der Aufstellung des „Integrierten Stadtentwicklungs- und Stadtmarketingprozesses“ (ISM) in den Jahren 2001 - 2004 erneut der Versuch gemacht wurde, ein einheitliches, in sich schlüssiges Entwicklungskonzept vorzulegen. (Ratsvorlage V/0118/2004)

In der gleichen Ratssitzung am 09.06.1999 wurde die (Stadt-)Verwaltung beauftragt, die vorliegenden Agenda- Projektvorschläge daraufhin zu überprüfen, ob und in welcher Weise sie umgesetzt werden können. Die Verwaltung sollte ein „Konzept zur nachhaltigen Stadtentwicklung“ (später ISM) erarbeiten und den Nachhaltigkeitsbegriff „anhand qualifizierter Entwicklungsziele konkretisieren“. Die Verwaltung wurde außerdem beauftragt, jährlich einen Nachhaltigkeitsbericht vorzulegen. Auf einem „Forum zukunftsfähiges Münster“ sollte jährlich „der Stand der nachhaltigen Entwicklung in Münster... analysiert und diskutiert“ werden.